

„Wer Inklusion will, sucht Wege, wer sie nicht will, Begründungen“

Nicht überall, wo Inklusion draufsteht, ist auch Inklusion drin – Was sich alles ändern muss, wenn wir eine wahrhaft inklusive Gesellschaft sein wollen. Von Hubert Hüppe, MdB

17. März 2017 15:00 Uhr



Der langjährige CDU-Bundestagsabgeordnete und ehemalige „Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen“

Seit nunmehr acht Jahren ist die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) für Deutschland verbindlich. Damit steht fest: Teilhabe ist für Menschen mit Behinderung, wie für alle anderen auch, ein Menschenrecht!

Es geht also nicht um ein Entgegenkommen der Gesellschaft oder gar einen Gnadenerweis. Im Umkehrschluss ist jeder, der diese Teilhabe verhindert, ein Menschenrechtsverletzer. Doch die Menschen mit Behinderung warten noch immer auf eine inklusive Gesellschaft, in der Menschen mit und ohne Behinderung gemeinsam leben, spielen, lernen, arbeiten und wohnen.

Genau das ist es, was Inklusion ausmacht. Das traurige Fazit nach acht Jahren Behindertenrechtskonvention in Deutschland ist: Obwohl alle über Inklusion reden – auch in unserer Kirche – gab es in Deutschland noch nie so viele Menschen in Sondereinrichtungen, wie zum Beispiel Werkstätten und Wohneinrichtungen wie heute, und die Zahlen nehmen weiter zu.

Längst nicht alle, die über Inklusion reden, handeln inklusiv, und längst nicht in allem, auf dem Inklusion draufsteht, ist auch tatsächlich Inklusion drin. Seit vielen Jahren steigen die Kosten für Menschen mit Behinderung, vor allem bei der sogenannten „Eingliederungshilfe“, die letztendlich von den Kommunen gezahlt werden müssen. Dies wird sich auch nicht mit dem neuen Bundesteilhabegesetz (BTHG) ändern.

Allerdings wird über die eigentlichen Ursachen dieser Entwicklung fast nie gesprochen: Über 80 Prozent der Mittel erhalten nicht die Menschen direkt, sondern sie fließen den Einrichtungen zu. Es beginnt im heilpädagogischen Sonderkindergarten, geht über Förderschulen, Werkstätten für Menschen mit Behinderung (WfbM) und endet in Wohnheimen. Der Grundsatz „Einmal Sondereinrichtung, immer Sondereinrichtung“ bestätigt sich so nur zu oft.

Denn es ist klar, wer behinderte Kinder bereits in Kindergarten und Schule von anderen Kindern trennt, nimmt diesen die Chance, den Umgang mit Nichtbehinderten und deren Reaktionen auf ihre Behinderung zu erlernen. Und Nichtbehinderte lernen auch nicht den Umgang mit behinderten Menschen. Jeder Leser kann sich selbst fragen, ob er glaubt, mit behinderten Menschen vorbehaltlos umgehen zu können.

Der sogenannte „Schutzraum“ wird zum goldenen Käfig. Doch wer schützt hier eigentlich wen? Ich werde den Eindruck nicht los, dass nicht selten das Sprichwort „aus den Augen, aus dem Sinn“ hier besonders zutrifft.

Bis heute konnte mir noch niemand erklären, warum in einem Sonderkindergarten sehbehinderte, hörbehinderte, körperbehinderte, sogenannte geistig behinderte (was heißt eigentlich geistig behindert? Wo fängt das an? Wer bestimmt eigentlich, dass jemand geistig behindert ist?) und mehrfach behinderte Kinder sein können, aber keine nichtbehinderten Kinder.

Was hat ein blindes Kind mehr mit einem rollstuhlfahrenden Kind zu tun als ein sehendes? Diese Trennung ist absurd.

Klar ist, wer bis zum Erwachsenenalter in Sondereinrichtungen ist, wird es danach noch viel schwerer haben, sich im allgemeinen Alltag, vor allem in der Berufswelt, zurechtzufinden.

Aber auch der nichtbehinderte Mensch, der nie den Umgang mit behinderten Menschen gelernt hat und deswegen vielleicht noch nicht einmal weiß, wie er jemanden mit Behinderung begrüßen soll, wird aus dieser Unsicherheit heraus nicht selten den Menschen mit Behinderung aus dem Weg gehen.

Und klar ist auch, falls es sich um einen Unternehmer handelt, wird er den Menschen mit Behinderung schon gar nicht als Arbeitnehmer bei sich einstellen. Diese nichtbehinderten Menschen nenne ich auch scherzhaft die „Schwerstmehrfachnormalen“. Aber in der Realität stellen sie vielleicht das größte Problem zur Umsetzung von Teilhabe dar. Auch das gerade verabschiedete Bundesteilhabegesetz geht diese Strukturen nicht grundsätzlich an, im Gegenteil werden manche Strukturen weiter betont. Selbst die Eingliederungshilfe konnte nicht mit der Jugendhilfe zusammengeführt werden, weil sich die Behörden dagegen wehren. So bleibt es dabei, dass Eltern von behinderten Kindern nur dann Eingliederungshilfe für ihr Kind bekommen, wenn sie bereit sind, ihr Kind auszugliedern.

Seit vielen Jahren steigen die Zahlen der Mitarbeiter in Werkstätten für Menschen mit Behinderung. Inzwischen sind es über 300 000 und es werden in Zukunft voraussichtlich noch mehr werden. Obwohl die Werkstätten eigentlich als Rehabilitationseinrichtungen gelten, schafft fast niemand den Übergang auf den allgemeinen Arbeitsmarkt. Das gilt auch für die ansteigende Zahl von psychisch kranken Menschen. Obwohl diese oft vorher eine Ausbildung und einen Beruf hatten, schafft fast keiner den Weg zurück. Es erscheint fast so, als wenn sich durch die Isolierung die psychische Erkrankung sogar noch verstärkt.

Das jetzt eingeführte „Budget für Arbeit“, mit dem auch ein Arbeitsplatz außerhalb einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung gefördert werden soll, finde ich grundsätzlich gut. Aber es ist so bürokratisch, dass ich befürchte, dass keine 1 000 Arbeitsplätze dadurch entstehen werden. Hinzu kommt, dass derjenige, der die Werkstatt verlässt, rentenrechtlich bestraft wird. So werden

diejenigen, die das Budget für einen echten Arbeitsplatz in Anspruch nehmen, in der Regel nach 40 Jahren Berufstätigkeit weniger Rente bekommen als nach 20 Jahren in der Werkstatt.

Noch einmal zurück zu den Förderschulen. Kein Land dieser Welt hat so viele verschiedene Förderschulen wie Deutschland. Obwohl enorme Ressourcen in dieses System fließen, sind die Bildungsergebnisse mehr als dürftig.

Gerade bei den Förderschulen für „geistige Entwicklung“ und für „körperliche Behinderung“ folgt bei den Schülern anschließend automatisch fast immer die nächste Sondereinrichtung – meistens die Werkstatt für Menschen mit Behinderung – und das trotz kleiner Klassen, vielen Sonderpädagogen und oft auch gut eingerichteten Schulen. Die als Vorteil für Förderschulen angegebenen hohen Standards führen im Ergebnis nicht zu mehr, sondern zu weniger Teilhabe.

Die steigenden Inklusionsquoten, die es angeblich in den Schulen gibt, erklären sich meistens dadurch, dass einfach mehr Kinder mit dem Etikett „benötigt sonderpädagogischen Förderbedarf“ versehen werden.

Selbst in meinem Bundesland Nordrhein-Westfalen, das angeblich schon eine inklusive Schulpolitik hat, ist mir nicht eine einzige Förderschule für Körperbehinderte oder für sogenannte geistig behinderte Kinder bekannt, die in den letzten Jahren geschlossen wurde, dafür aber Hunderte von Hauptschulen.

Traurig hat mich vor einiger Zeit ein Artikel meiner Heimatzeitung gemacht, in dem ich lesen musste, dass geistig behinderte Kinder einer Förderschule auch noch getrennt von nichtbehinderten zur Erstkommunikation gegangen sind.

Ein Recht auf Teilhabe gibt es allerdings nicht nur für junge Menschen. Der Großteil behinderter Menschen ist über 60 Jahre alt. Auch hier müssen wir viel tun, damit diese Menschen so lang wie möglich mitten in unserer Gesellschaft leben können. Denn die meisten Menschen – ich nehme mich da nicht aus – freuen sich nicht darauf, im Alter in einem Heim zu leben.

Gerade in einer immer älter werdenden Gesellschaft ist jede Investition in Barrierefreiheit eine Investition in die Zukunft. Dabei muss es um alle Bereiche gehen: Wir brauchen mehr barrierefreien Wohnraum, barrierefreie Arztpraxen, Geschäfte, Nahverkehr, Bildungseinrichtungen, und auch unsere Kirchen haben nicht selten Nachholbedarf. Dabei geht es nicht nur um besseren Zugang für Rollstuhl- und Rollatorfahrer, sondern auch zum Beispiel um leichte Sprache oder leichte Bedienbarkeit von Automaten. So kenne ich viele ältere Menschen, die zwar noch körperlich in der Lage sind, auf den Bahnsteig zu gelangen, aber nicht mehr wissen, wie sie an eine Fahrkarte gelangen.

Wer echte Inklusion umsetzen will, muss die Menschen mit Behinderung beteiligen. Sie sind die Experten in eigener Sache, kennen ihre Probleme und die möglichen Lösungen am besten.

Inklusion ist nicht an das Alter gebunden. Inklusion entspricht auch meiner Grundeinstellung als Christ.

Inklusion beginnt auch schon vor der Geburt, denn die Tötung behinderter Kinder im Mutterleib ist die schlimmste Form der Diskriminierung. Vielleicht liegt es gerade an der Trennung der Lebenswelten, dass während der Schwangerschaft mit allen Möglichkeiten der Technik nach

behinderten Kindern gefahndet wird. Aber leben wir wirklich in einer inklusiven Gesellschaft, wenn sogar Krankenkassen bereit sind und der Staat es zulässt, für pränatale Diagnostik Millionen auszugeben, die wie beim Down-Syndrom allein die Selektion zum Ziel hat?

Mein Grundsatz ist: „Wer Inklusion will, sucht Wege, wer sie nicht will, sucht Begründungen.“
Wenn wir wirklich alle nach Wegen suchen, werden wir mehr finden, als wir vielleicht glauben.